Berlin-Wahl 2021

Ausgabe Pankow

www.dielinke.berlin

Wikipedia/Jochen Teufel

Wahl zeitung

DIE LINKE.

Damit Berlin Dein Zuhause bleibt

Klaus Lederer, Spitzenkandidat für das Abgeordnetenhaus, und Petra Pau, Berliner Spitzenkandidatin für den Bundestag

Bei den kommenden Wahlen geht es um viel. Um sehr viel. Es geht am 26. September um nichts weniger als eine bessere Zukunft. In Berlin haben wir bewiesen, dass nicht egal ist, wer regiert. Im Bund ist jetzt Zeit zu handeln! Wir finden uns nicht damit ab, dass Menschen Flaschen sammeln müssen, um über die Runden zu kommen, Angst haben, ihre Wohnung zu verlieren, oder sich in Doppelschichten schlecht bezahlt kaputt arbeiten. Wir wollen eine Politik, die konsequent den Bedürfnissen der Leute dient, nicht dem Profit großer Unternehmen und Konzerne. Wir haben in den letzten Jahren in Berlin gezeigt: Zusammen können wir die Verhältnisse ändern und das Leben für alle verbessern. Sei es der Neubau von bezahlbaren Wohnungen, die Bekämpfung von Obdachlosigkeit, die Stärkung der Kiezbibliotheken, die Schulbauoffensive oder das kostenlose Mittagessen für Schülerinnen und Schüler. Wir haben schon viel erreicht, aber wir wollen mehr. Wir streiten für eine soziale Politik, die nicht einfach so wieder zurückgedreht werden kann. Wir machen die Abstimmung zur Mietenwahl und kämpfen weiter dafür, dass die Kieze und Wohnungen

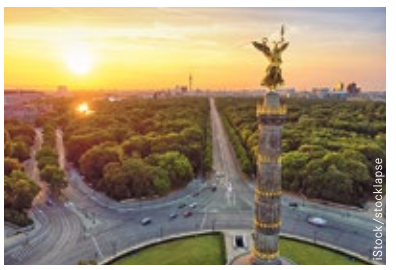
Daniel Seiffert

in Berlin bezahlbar bleiben. Wir wollen, dass unsere Stadt ein Ort mit Freiräumen bleibt. Wir streiten für eine lebenswerte Stadt, in der Platz für alle Menschen ist, unabhängig von ihrem Geldbeutel oder ihrer Herkunft. Wir wollen die ökologische Verkehrswende weiter vorantreiben und einen öffentlichen Nahverkehr, den sich alle leisten können. Wir werden unsere Investitionsoffensive fortsetzen und weiter in Gesundheit, Kitas und Schulen, Kultur, Sport und einen starken öffentlichen Dienst investieren. Wir streiten dafür, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und alle Kinder beste Bildungschancen bekommen. In der Krise stellt sich mehr denn je die Frage, was unsere Gesellschaft eigentlich ausmacht. Unsere Antwort ist klar: Wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird. Alle Menschen haben ein Recht auf ein gutes Leben. Eine konsequent soziale Politik für alle ist möglich. Dafür haben wir einen Plan. Für unsere Stadt und für den Bund: Wir werden vor allem die Reichen an den Kosten der Krise beteiligen. Wir wollen unser Gemeinweisen und unsere öffentlichen Infrastrukturen krisenfest machen. Wir werden die grundlegenden Bereiche unseres Lebens nicht einfach dem Markt überlassen. Wir werden Schluss machen mit der Zwei-Klassen-Medizin und den Pflegenotstand beenden. Wir werden endlich soziale Garantien für ein Leben in Würde schaffen und den Niedriglohnsektor abschaffen. Wir wollen grundlegende Veränderungen. Wir wollen einen Aufbruch für soziale Gerechtigkeit. Unser Versprechen: DIE LINKE macht den Unterschied.

IMAGO/Joko

Jetzt! Machen wir das Land gerecht

Für einen bundesweiten Mietendeckel, eine gerechte Steuerpolitik und ein krisenfestes Gemeinwesen brauchen wir einen grundlegenden Politikwechsel im Bund. Damit alle ein gutes Leben haben. **Seite 7**


iStock/stocklapse

Wem gehört die Stadt?

Unser Berliner Spitzenkandidat Klaus Lederer im Interview über gelebte Solidarität während der Pandemie, Kultur als Lebensmittel, die Mietenfrage und warum das Rote Rathaus endlich auch von innen heraus rot strahlen muss. Mehr auf **Seite 3**

Mein Bezirksbürgermeister

Unser bester Benn für den besten Bezirk. Sören Benn ist seit 2016 Pankows Bürgermeister. Mit Sorgfalt und Ungeduld, ideenreich und engagiert. Von Buch bis zum Bötzowkiez, vom Teute bis Hobrechtsfelde: »Berlin ist seine Bezirke.« **Seite 5**

Linke Politik stoppt steigende Mieten

Mehr kommunale Wohnungen für soziale Sicherheit

Viele hielten es kaum für möglich, und doch ist es gelungen. Mit der Übernahme des Ressorts für Stadtentwicklung und Wohnen durch DIE LINKE begann vor fünf Jahren ein grundlegender Kurswechsel in der Wohnungs- und Mietenpolitik Berlins, hin zu einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik mit bezahlbaren Mieten und einer sozialen und demokratischen Stadtentwicklung.

Neubau muss bezahlbar sein

Erinnern wir uns kurz. Wenige Jahre zuvor noch hatte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit in steigenden Mieten kein Problem, sondern vielmehr ein Zeichen für den Aufschwung der Stadt gesehen. Und angesichts aufkommender Verdrängung hieß es flapsig: »Es gibt kein Recht auf Wohnen in der Innenstadt.« Als immer mehr Menschen Schwierigkeiten bekamen, eine für sie bezahlbare Wohnung zu finden, sahen Wowereits sozialdemokratische Nachfolger die Lösung vor allem im Wohnungsneubau. Um den anzukurbeln, rollte man privaten Investoren den roten Teppich aus. In der Tat haben die auch gebaut, nur halt wenig preisgünstige, sondern vor allem teure Wohnungen, vorzugsweise in der Innenstadt und vorzugsweise Eigentumswohnungen. Wohnungen, die sich viele Berlinerinnen und Berliner bis heute nicht leisten können und die die Mieten in ihrem Umfeld weiter steigen lassen.

Kurswechsel eingeleitet

Als DIE LINKE mit Katrin Lompscher das Ressort übernahm, hat sie mit dieser Politik gebrochen. Statt auf das Entgegenkommen privater Investoren setzten wir auf einen starken gemeinwohlorientierten Wohnungssektor aus kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, der nicht möglichst hohe Profite erwirtschaften soll, sondern in erster Linie die Menschen mit Wohnraum versorgen soll. Deshalb war eine der ersten Entscheidungen, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen ihre Mieten nur noch minimal erhöhen sollen. Zudem gehen jetzt bei Neuvermietung mehr als die Hälfte der Wohnungen an Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen, zu Mieten, die sie sich leisten können. Das wollen wir beibehalten und diese Quote weiter erhöhen.

Öffentlicher Grund und Boden wird nun nicht mehr verkauft, sondern vor allem an städtische Wohnungsunternehmen übertragen und an Genossenschaften verpachtet. Mit Erfolg: Jahr für Jahr steigt die Zahl neu gebauter kommunaler Wohnungen, inzwischen sind es so viele wie zuletzt vor 25 Jahren. Hinzu kommen mindestens 25 000 Wohnungen, die bisher angekauft wurden. Wir wollen das fortführen und auf diesem Weg bis 2025 den öffentlichen Bestand um ein Drittel auf dann 400 000 Wohnungen erhöhen.

Wir haben schon viel erreicht, aber da geht noch mehr. Um Mieterinnen und Mieter in Berlin dauerhaft vor ständig steigenden Mieten und damit einhergehender Verdrängung aus ihren Kiezen zu schützen, muss endlich Schluss damit sein, dass große, gewinnorientierte Immobilienunternehmen ihre Profite mit der Miete machen. Deshalb hat sich ein breites Bündnis aus Mietervereinen, Initiativen und Gewerkschaften zur Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« zusammengeschlossen und strebt die Vergesellschaftung der Wohnungen dieser Immobilienkonzerne an. DIE LINKE stand als einzige Partei im Abgeordnetenhaus von Anfang an hinter diesem Anliegen, **und deshalb werben wir selbstverständlich für ein Ja beim Volksentscheid am 26. September.**

Gemeinsam gegen Spekulation

Vieles hat sich grundlegend gewandelt, seitdem DIE LINKE die Verantwortung für Stadtentwicklung und Wohnen trägt. So wird nicht mehr tatenlos zugeschaut, wenn Immobilienspekulanten sich Häuser unter den Nagel reißen. Stattdessen haben wir die Möglichkeit geschaffen, dass die Bezirke – oder wie in der Karl-Marx-Allee die Mieterinnen und Mieter – ihnen per Vorkaufsrecht zuvorkommen können. Und selbst wenn ein Plan mal nicht gleich aufgeht, wie beim Mietendeckel, war der Versuch nicht umsonst. Haben wir doch gezeigt, dass die Politik steigende Mieten stoppen kann. Dafür braucht es aber politische Mehrheiten, die das auch wollen. Für diese werden wir weiter im Bund streiten.

Eine bezahlbare und lebenswerte Stadt für alle

Nicht alles hat immer und von Anfang an geklappt. Besonders wenn es um die Planung von Neubauten und den Erhalt von Grünflächen und Freiräumen geht, lief das nicht immer reibungsfrei. Wie soll es auch anders sein in einer wachsenden Stadt? Aber anders als früher stellen wir uns den Diskussionen und ringen gemeinsam mit den Menschen um Lösungen, wie neuer Wohnraum geschaffen und die Stadt klimagerecht gestaltet werden kann. Dazu gehören autofreie Kieze und nachhaltige Bauverfahren ebenso wie mehr Solaranlagen auf begrünten Dächern und Fassaden. Denn am Ende ist eine Stadt nur dann sozial, wenn sie die Dinge miteinander vereinbaren kann: bezahlbaren Wohnraum für alle in einer intakten Stadtnatur mit Grünflächen und Freiräumen, die das Leben lebenswert machen.

»Die Frage, wem die Stadt gehört, ist noch nicht entschieden«

Interview mit **Klaus Lederer,** Kultursenator und Bürgermeister von Berlin, Spitzenkandidat für DIE LINKE zur Wahl des Abgeordnetenhauses

Es ist Dienstag, der 1. Juni. Zum ersten Mal seit Monaten hat der Senat wieder in Präsenz getagt. Endlich sind lang ersehnte Öffnungsschritte möglich: für Schulen, Gastronomie, Kultur. Die Pressekonferenz liegt hinter ihm, auch das gemeinsame Hissen der Regenbogenflagge zur »Pride Week«. Klaus Lederer ruckelt seine FFP2-Maske zurecht, seine Augen wirken vergnügt. Erstmal raus an die frische Luft, dann das Interview. Berlins Kultursenator muss nicht betonen, dass er gerne ins Rote Rathaus will. Als Bürgermeister und Stellvertreter des Regierenden hat er hier bereits ein Büro. Klaus Lederer ist schon drin. Aber er will mehr.

Daniel Seiffert

Herr Lederer, Sie haben heute wieder lange im Senat gesessen. Die Konkurrenz ist derweil im Wahlkampf unterwegs. Wie wollen Sie da bei den Berlinerinnen und Berlinern punkten?

Oh, ich hoffe, dass mir daraus kein Nachteil erwächst … (guckt verschmitzt). Nein, ohne Schmus, natürlich bin auch ich jetzt wieder mehr draußen anzutreffen, aber ganz viel eben auch als Kultursenator. Kultur ist ja nicht nur schmückendes Beiwerk, sondern das Lebenselixier unserer Stadt. Es ist unglaublich schön, dass wir jetzt auf einen grandiosen Neustart für unsere Bühnen, Konzerthäuser, Klubs und Kinos blicken können. Die Künstlerinnen und Künstler und alle, die mit ihnen zusammenarbeiten, erwecken unsere Stadt zu neuem Leben, und ich bin froh, da zur Seite stehen zu können, und will das auch für die Zukunft sichern. Viele, die normalerweise im Kultur- und Veranstaltungsbereich tätig sind, haben in den letzten Monaten ihr Publikum schmerzlich vermisst, aber trotzdem ganz viel produziert, digitale Bildungsangebote gemacht oder auch mit großem Engagement die Arbeit der Impfzentren unterstützt. Berlin hat trotz aller Zumutungen eine riesige Solidarität gelebt und erlebt. Und das können wir gemeinsam auch weiter gut brauchen.

Mit Corona haben Landesregierungen ja überall viel um die Ohren. Ist Berlin bislang besser durchgekommen, weil hier DIE LINKE regiert?

Naja, so ein Virus kennt natürlich keine politischen Parteien, und die Sorge um die Gesundheit der Berlinerinnen und Berliner hat uns im Senat auch immer geeint. Aber es kam nicht von ungefähr, dass wir 100 000 Solo-Selbständige, die oft unter prekären Bedingungen arbeiten, so schnell mit Soforthilfen unterstützen konnten. Ich habe mich dafür stark gemacht, dass Bibliotheken weitgehend und Buchläden, im Sinne von »Bücher sind Lebensmittel«, geöffnet waren. Auch dass in Berlin Ausgangsbeschränkungen auf das Nötigste reduziert blieben, trägt deutlich linke Handschrift. Wir waren es, die Unternehmen in die Pflicht genommen haben, strengere Homeoffice-Regelungen umzusetzen, weil es nicht erklärbar ist, dass notwendige Kontaktbeschränkungen nur im Privaten stattfinden, aber nicht bei der Arbeit. Letztlich sind die Stärkung des Gemeinwesens, das Funktionieren des Öffentlichen der Dreh- und Angelpunkt, um gut durch Krisen zu kommen.

Sind das Soziale Berlin und die Frage nach bezahlbarem Wohnen durch die Pandemie derweil auf der Strecke geblieben?

Die Stärkung des Öffentlichen und soziale Fragen hängen ja untrennbar zusammen. Eine funktionierende Stadt und gute Dienstleistungen brauchen alle in Berlin, besonders diejenigen, die es auch so schon schwer haben. Und dass unsere Sozialsenatorin Elke Breitenbach wie eine Löwin für diese kämpft, kann gar nicht oft genug betont werden. Deshalb wurden zum Beispiel kostenlos Masken verteilt, deshalb waren für Obdachlose die Unterkünfte der Kältehilfe auch tagsüber geöffnet. Deshalb konnten Impfangebote unterbreitet werden und stehen für Menschen aus engen Unterkünften Quarantäneplätze in Jugendherbergen und Hotels zur Verfügung. Das Ringen um bezahlbaren Wohnraum ist und bleibt unser Schwerpunkt. Seit DIE LINKE in Berlin 2016 das Stadtentwicklungsressort übernommen hat, gibt es endlich mal Bewegung in diesem Bereich. Bis dahin gab es immer nur eine, und zwar die von Mieten nach oben. Da haben wir Alternativen gezeigt, und dass selbst Konzerne wie Vonovia und Deutsche Wohnen der Stadt nun Angebote unterbreiten, war vor Jahren noch undenkbar. Natürlich ist das keine Nächstenliebe. Denn wenn Markt und Private alles so gut regeln würden, wie sie immer von sich sagen, wäre die Wohnungsfrage nicht das große politische Thema unserer Zeit. Das Land kann und will gegen hohe Mieten mehr in der Hand haben, deshalb wurden Wohnungen wieder zurückgekauft, deswegen wurde auch mehr als in vielen Jahren zuvor neu gebaut und deshalb unterstützt DIE LINKE auch den Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen. Das muss weitergehen, da wünsche ich mir, dass der Druck aufrechterhalten wird. Die Frage, wem die Stadt gehört, ist noch nicht entschieden.

Und deshalb am 26. September in Berlin DIE LINKE mit Klaus Lederer wählen?

Ja klar. Das Rote Rathaus muss endlich auch von innen heraus rot strahlen. Wobei ich immer auch wichtig finde, überhaupt wählen zu gehen. Und wenn dann möglichst viele Berlinerinnen und Berliner ihr Kreuz bei mir und der Linken machen, stärkt uns das natürlich bei der Durchsetzung unserer politischen Positionen.

Niemanden zurücklassen

Durch die Pandemie haben wir erlebt, wie schnell Menschen in eine finanzielle Schieflage geraten können und wie wichtig sichere Jobs und Arbeitsschutz sind. Wir haben erlebt, wie sehr es auf die Menschen ankommt, die unsere Stadt am Laufen halten. Sei es die Busfahrerin, die Krankenschwester oder der Paketzusteller. Wir wollen, dass sie und alle anderen Menschen von ihrer Arbeit gut leben können. Frei von Angst vor Armut, auch im Alter. Dazu gehören sichere Arbeitsplätze ohne Befristung mit einem guten Einkommen. Lebens- und Familienplanung sind mit befristeten Jobs nur schwer möglich. Der unbefristete Vertrag muss wieder die Regel werden. Berlin ist bekannt für seine vielen kreativen Köpfe, doch vor allem in der Kreativwirtschaft und bei den vielen digitalen Start-Ups reicht bei vielen Beschäftigten das Gehalt kaum aus, um über die Runden zu kommen. Auch die Beschäftigten in der Pflege und im Gesundheitswesen können ein Lied von schlechten Arbeitsbedingungen singen. Unsichere, prekäre Verhältnisse und ständiger Leistungsdruck, das ist in vielen Branchen Alltag, aber das darf nicht sein. Unser Ziel sind sichere Arbeitsplätze, ein Ausbildungsplatzangebot für alle jungen Menschen, gute Löhne und mehr Zeit zum Leben. Freizeit ist kein Luxus, und zu guter Arbeit gehört auch die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Deshalb sind wir in Berlin bereits viele Schritte gegangen, um prekäre Arbeit zurückzudrängen und die Stadt sozialer zu gestalten. Wir haben den Landesmindest- und Vergabelohn auf 12,50 Euro erhöht, sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Bereich verboten und viele der ausgegründeten Unternehmenstöchter öffentlicher Betriebe zurückgeführt. Daran wollen wir anknüpfen und schlecht bezahlte Arbeit weiter zurückdrängen. Der öffentliche Dienst und die Verwaltungen müssen Vorreiter für gute Arbeit sein. Die Bekämpfung von Armut bleibt unser Herzensthema. Ebenfalls ganz oben auf unserer Agenda steht das Thema Wohnungslosigkeit. Hier hat unsere Sozialsenatorin Elke Breitenbach in den letzten Jahren angepackt und mit Projekten wie »Housing First« und dem massiven Ausbau der Kältehilfe eine spürbare Verbesserung für die Betroffenen erreicht. Wir wollen Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030 komplett beenden. Das ist ambitioniert, aber zu schaffen, wenn es dafür einen breiten Konsens in der Stadt gibt. Niemand soll in Armut auf der Straße leben müssen.

»Eine Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit den Schwächsten umgeht.«

Foto: Kirsten Wechsiberger

Elke Breitenbach ist seit 2016 Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales.

Berlin verändert sich rasant, und die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise werden uns noch lange beschäftigen. Für DIE LINKE ist klar, dass es nicht die Beschäftigten und Erwerbslosen sein dürfen, auf deren Rücken die Folgen der Krise ausgetragen werden. Kürzungen in der sozialen Infrastruktur wird es mit uns nicht geben. Im Gegenteil: Wir wollen weiter in Stadtteilzentren, den Seniorentreff an der Ecke, die Jugendzentren und Beratungsstellen investieren. Sie sind wichtige soziale Treffpunkte, wo ganz unterschiedliche Menschen auch ohne dicken Geldbeutel zusammenkommen können. Das macht unsere Kieze lebenswert.

Verkehrswende umsetzen

Sichere Radwege, Platz zum Laufen und bezahlbarer ÖPNV für alle

Verkehrslärm, Feinstaub und Abgase schaden nicht nur Umwelt und Klima, sondern auch der Gesundheit der Menschen in der Stadt. Darunter leiden aber nicht die Villenbesitzer*innen, sondern vor allem die Menschen mit wenig Geld, die an vielbefahrenen Straßen wohnen müssen. Sauberer Verkehr ist also auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb arbeitet DIE LINKE an einer sozialen und ökologischen Verkehrswende, die allen zu Gute kommt. Je mehr Menschen vom Auto auf den Nahverkehr oder das Fahrrad umsteigen, desto mehr Platz bleibt für die, die wirklich aufs Auto angewiesen sind; wie Pflegedienste, im Handwerk Arbeitende oder Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Grundlage für die Verkehrswende ist ein funktionierender Nahverkehr in der ganzen Stadt. Um den Umstieg vom Auto für Pendelnde zu ermöglichen, wollen wir vor allem die Außenbezirke deutlich besser an das ÖPNV-Netz anschließen. Regional- und S-Bahnstrecken ins Berliner Umland müssen ausgebaut werden – am besten mit einer kommunalen S-Bahn aus einer Hand. Die Investitionen in den Nahverkehr haben wir bereits in dieser Wahlperiode massiv erhöht. Damit werden der ÖPNV erweitert, die Takte verdichtet und neue Fahrzeuge für U-, S-Bahn und Tram angeschafft. Auch die Umrüstung der Busflotte auf Elektro-Busse hat begonnen. Klar ist: Wir brauchen so schnell wie möglich mehr Kapazitäten im ÖPNV und nicht erst in 20 Jahren. Deswegen liegt der Fokus für DIE LINKE auf dem Ausbau der Straßenbahn. Denn der geht schnell, ist günstig und klimafreundlich. Mobil sein heißt, dabei sein. Deshalb müssen sich alle Menschen den ÖPNV leisten können. Wir haben den Preis für das Sozialticket bereits gesenkt, Schülerinnen und Schüler fahren kostenlos, Azubis für einen Euro am Tag. Wir treten dafür ein, die Fahrpreise weiter zu senken.

Adobe Stock/j-mel

Mit dem Mobilitätsgesetz haben wir dem ÖPNV, Fahrrad und Zu-Fuß-Gehen Vorrang gegeben. Das muss jetzt auf den Straßen umgesetzt werden. Ob an der Hasenheide oder in der Holzmarktstraße; vor allem in der Innenstadt hat sich an einigen Stellen die Situation für Radfahrende schon spürbar verbessert. Aber auch uns geht es dabei noch nicht schnell genug. Deswegen wollen wir den Bau von mit Pollern geschützten Radwegen weiter vorantreiben und dafür sorgen, dass die in der Pandemie entstandenen Pop-up-Radwege dauerhaft bleiben. Auch hier gilt: Wenn die Bereiche für Autos, Fahrräder und Zu-Fuß-Gehende klar voneinander getrennt sind, wird es für alle sicherer. Übrigens darf auch das Zu-Fuß-Gehen nicht unterschätzt werden. Sieben Millionen Wege werden pro Tag in Berlin so zurückgelegt. Wir alle – ob mit oder ohne Handicap, ob jung oder alt – nehmen am Fußverkehr teil. Wir sind dabei, zu Fuß zu gehen sicher und barrierefrei zu machen. Dazu gehören zum Beispiel auch längere Grünphasen an Ampeln und mehr Sitzbänke. Mit Verkehrsberuhigung, mehr Zonen für Fußverkehr und temporären Spielstraßen kann zudem der Platz in den Kiezen zugunsten der Menschen umverteilt werden. Der vom Bund geplante Weiterbau der A100 erscheint dabei wie ein Vorhaben, das völlig aus der Zeit gefallen ist. Wir wollen nicht, dass eine Autobahn unsere Kieze zerschneidet – egal ob in Treptow, Friedrichshain oder Lichtenberg. DIE LINKE setzt sich deshalb für einen sofortigen Baustopp ein. Die vielen Fahrraddemos und Proteste gegen den Weiterbau zeigen, dass wir damit nicht alleine sind. Denn eins ist auch klar: Den sozial-ökologischen Umbau der Stadt mit aller Kraft weiterzubringen, geht nicht gegen, sondern nur zusammen mit den Menschen in unserer Stadt.

»Berlin ist seine Bezirke«

Kompetent, hartnäckig und bürgernah: **Sören Benn** ist seit fünf Jahren Bezirksbürgermeister von Pankow.

2016 neu auf dem Bürgermeistersessel – welche Vorstellungen hattest du, und wie war es dann wirklich?
Durch meine politische Arbeit war ich im Prinzip ganz gut eingestellt. Trotzdem war die tägliche Themenfülle anfangs schwindelerregend. Was meine Möglichkeiten angeht, die Arbeit der Verwaltung zu verbessern, sind die Bretter dicker, als ich dachte. Man muss sich eine spezielle Mischung aus Langmut und Ungeduld aneignen, um einerseits nicht Teil des Problems zu werden und andererseits nicht alle Verbündeten zu verprellen.

Blieb Zeit für Kleingarten und Privates?
In den ersten zwei Jahren war da nichts mehr außer das Amt. Mit der Zeit lernt man aber, auf wen man sich verlassen kann und wo man gezielt intervenieren muss. Insofern habe ich mir wieder kleine Freiräume erarbeitet. Was eben nach 60 bis 70 Stunden noch übrig ist.

Was ist in den letzten Jahren in Pankow gut gelungen?
Da gibt es weit mehr, als hier hineinpasst. Wir haben unser Bibliotheksnetz erweitert. Das Bildungs- und Integrationszentrum Buch befindet sich vor dem Baustart. Wir sind die Spielplatzsanierungen angegangen, haben Grundstücke für neue Schulen gesichert und bauen wie die Weltmeister. Wir haben ein Büro für Bürgerbeteiligung neu aufgebaut und den ersten Bürgerhaushalt Pankows auf die Beine gestellt. Wir wollen kinderfreundliche Kommune sein. Wir haben den größten Solarvertrag der Berliner Bezirke mit den Stadtwerken gemacht, und die Heidekrautbahn ist bereits im Bau.

Welche besonderen Herausforderungen musstest du meistern?
Das sind die großen Bauprojekte, beispielsweise am Pankower Tor und im Blankenburger Süden. Hinzu kommen die Verkehrsprobleme, die uns fast überall große Kopfschmerzen bereiten.

Stichwort Verkehr: alle gegen alle?
Das Rückgrat der Mobilität ist der öffentliche Personennahverkehr. Der muss wie der Blutkreislauf in alle Verästelungen der Stadt in stetigem Puls fließen. Daher hat sein Ausbau für mich Vorrang. Außerdem: Von einer sicheren Rad-Infrastruktur haben alle was, auch jene, die weiterhin Auto fahren müssen. Wir müssen alltagstaugliche Alternativen zum eigenen Auto schaffen.

Du legst dich auch gerne mal mit dem Berliner Senat an. Warum?
Weil ich nicht anders kann. Ich bin ja nicht in die Politik gegangen, um die Faust in der Tasche zu ballen. Obwohl wir in Berlin so dicht aufeinander hocken, gibt es eine große Distanz zwischen Bezirken und Hauptverwaltung. Weit verbreitet ist eine anmaßende Haltung, gepaart mit Unkenntnis darüber, unter welchen Voraussetzungen die Bezirke eigentlich arbeiten. Leisetreterei bringt uns da nicht weiter. Berlin ist seine Bezirke. Darum streite ich engagiert für eine bessere Zusammenarbeit und Ausstattung.

Jetzt bist du wieder Spitzenkandidat der Pankower LINKEN und möchtest Bezirksbürgermeister bleiben. Warum?
Weil ich mich verantwortlich fühle für das, was ich mir durch diese intensive und oft aufwühlende Arbeit vertraut gemacht habe. Weil ich Angefangenes erfolgreich zum Abschluss bringen will. Und weil viele Menschen mir spiegeln, dass ich es kann.

Sören Benn, Bürgermeisterkandidat für Pankow

Engagiert für Frauen und gegen Rechts

Die in Pankow geborene Fränzi Kühne wurde 2017 mit 34 Jahren die jüngste Frau im Aufsichtsrat eines börsenorientierten Unternehmens. In unserem Bezirk gab und gibt es Frauen, die als Pionierinnen den gleichstellungspolitischen Fortschritt verkörpern. Das spornt an.
Gleichstellung beginnt für uns bei ökonomischer Unabhängigkeit und realer Chancengleichheit. Solange jedoch die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht das Schicksal von Menschen bestimmt, sind eklatante Ungerechtigkeiten bei Entlohnung und Gleichstellung die Folgen. Auch deshalb braucht die Beteiligung von Frauen in Politik und Wirtschaft neue Strukturen und ein Umdenken in allen Spitzengremien, auch in Pankow. Dazu gehört auch ein geschlechtergerechter Haushalt, der die Teilhabe von Frauen garantiert, ein Frauengesundheitsbericht und mehr Schutzräume vor Gewalt und Bedrohung.
Bedroht werden in Pankow leider auch Frauenprojekte. Nazis innerhalb und außerhalb der Parlamente haben in den letzten Jahren ihre Angriffe auf Frauenprojekte massiv verschärft, darunter auch das Frauenzentrum Paula Panke. Rechtspopulismus ist eine Gefahr für die Gleichstellung. Alles, was nach Selbstbestimmung riecht, ist den Nazis suspekt. Aber wir lassen uns den Mund nicht verbieten. Nur ohne Hetze und Hass macht das Leben Spaß. Und wir solidarisieren uns im Bündnis der Pankower Frauen gegen Rechts. Damit Frauenfeindlichkeit und Rassismus in Pankow keine Chance haben, für ein gleichberechtigtes Leben aller Geschlechter, damit Pankow solidarisch und vielfältig bleibt.

Protest am 1. Mai 2018 vor dem Frauenzentrum Paula Panke gegen das AfD-Fest

Astrid Landero: Die Powerfrau und Trägerin des Berliner Frauenpreises 2021 kandidiert für die Bezirksverordnetenversammlung Pankow.

Starke Stimme gegen Armut

Es war für manche eine durchaus überraschende Entscheidung, als nach Unterzeichnung des rot-rot-grünen Koalitionsvertrags im Dezember 2016 Elke Breitenbach zu Berlins neuer Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales ernannt wurde. Ihre direkte Art, ihre Hartnäckigkeit und Beharrlichkeit als Abgeordnete im Hauptstadtparlament haben sie ja nicht zu jedermanns Darling gemacht. Doch was Elke eben auszeichnet, ist ihre Agenda – an der Seite jener zu stehen, die in dieser Gesellschaft auf ganz unterschiedliche Weise unter die Räder zu geraten drohen. Für sie ist immer klar: Es gibt keine sozial Schwachen, es sind sozial Benachteiligte. Und dieser Benachteiligung hat sie den Kampf angesagt. Ihre Durchsetzungsstärke, gepaart mit Zielstrebigkeit, lassen Elke Breitenbach eine beachtliche Bilanz ihrer fünfjährigen Amtszeit vorlegen.

»Es gibt keine sozial Schwachen, es sind sozial Benachteiligte.«

Als Sozialsenatorin sorgte sie dafür, dass die Richtwerte für die von den Jobcentern übernommenen Mieten von Menschen, die Hartz IV bekommen, mehrfach angehoben wurden. Unter ihrer Regie wurde eine Strategie gegen Wohnungslosigkeit für Berlin entwickelt. Es gibt wieder in allen Bezirken eine unabhängige und kostenlose Sozialberatung, deren Angebot stark nachgefragt wird. Der Preis für das Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr wurde auf 27,50 Euro gesenkt und das Schülerticket kostenlos.

Als Arbeitssenatorin setzte sie die Anhebung der Mindestlöhne bei landeseigenen Betrieben und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge auf 12,50 Euro durch und richtete beim Pankower Ordnungsamt eine für ganz Berlin zuständige Stelle zur Bekämpfung von Schwarzarbeit ein. Und auch das ist ihr Verdienst: Während der Corona-Pandemie ist Berlin bei der Homeoffice-Pflicht und der Pflicht für Unternehmen, Corona-Tests für die Mitarbeiter*innen anzubieten, bundesweit vorangegangen.

Als Integrationssenatorin engagierte sie sich sehr für die Beendigung der Unterbringung von Geflüchteten in Massenunterkünften und hat federführend ein Gesamtkonzept zur Integration vorgelegt. Partizipation ist für Elke kein Lippenbekenntnis, sondern gelebte Praxis. Die Vielfältigkeit unserer Stadtgesellschaft soll sich auch in den Verwaltungen abbilden. Für das entsprechende Gesetz hat sie sich nachdrücklich eingesetzt.

Es ist darum kein Zufall, dass sich Elke Breitenbach wieder im nördlichsten Wahlkreis Berlins, in Buch, Karow und Französisch Buchholz um ein Mandat für das Abgeordnetenhaus bewirbt. Der Nordosten des Bezirks Pankow widerspiegelt wie nur wenige Orte die gesamte soziale Bandbreite der Stadt. Gutverdienende wohnen oft nur einen Katzensprung von jenen entfernt, die in Großsiedlungen auf Transferleistungen des Staates angewiesen sind und wo Flüchtlingsunterkünfte für eine neue Vielfalt sorgen.

Elke Breitenbach kennt die Nöte und Sorgen in dieser Nachbarschaft, die Angst vor der Armut und dem sozialen Abstieg oder auch die Hoffnung auf eine neue Zukunft. Ihre Wähler*innen jedenfalls können gewiss sein, sie wird auch in Zukunft darauf verzichten, Everybody's Darling zu sein, wenn es darum geht, die Interessen der Menschen vor Ort zu vertreten.

Kleingärten bleiben!

In keinem Bezirk gibt es so viele Kleingärten wie in Pankow. Kleingärten sind eine soziale Errungenschaft, sorgen für Zusammenhalt und spielen eine immer wichtiger werdende Rolle in der Stadt. Sie öffnen sich in die Kieze und gleichen bestehende Unterversorgung in der Umgebung – zum Beispiel bei Spielflächen und Gemeinschaftsgärten – aus. In Zeiten der Pandemie wurden die Kleingärten ein unschätzbar wichtiger Ort für Familien außerhalb der Wohnung. Auch das Bewusstsein für die Bedeutung der Kleingärten für Natur- und Artenschutz ist gestiegen. Im Kampf gegen den fortschreitenden Klimawandel helfen die Grünflächen und sorgen für Frischluft in der Stadt. Mehr denn je gilt, dass Laubenpieper die Lebensqualität für alle in Berlin verbessern, egal ob man selbst Kleingärtner*in ist oder nicht.

Umso wichtiger ist es, politisch auf die Gefährdung der Kleingartenflächen in Berlin zu reagieren. Wir wollen Kleingärten rechtsverbindlich und dauerhaft sichern. Das ist gut für das Klima und gut für den sozialen Zusammenhalt. Berlin wächst, und das bedeutet auch, dass die Infrastruktur der Stadt ausgebaut werden muss. DIE LINKE sorgt dafür, dass zum Beispiel für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs möglichst wenige Kleingärten verloren gehen und an anderen Orten ersetzt werden. Bei der von uns geforderten Sicherung der Kleingartenflächen durch das Baurecht kommen wir in Pankow langsam, aber stetig voran. DIE LINKE verfolgt diese Ziele weiter. Wir sind und bleiben verlässlicher Partner der Kleingartenverbände und werden uns weiter für die Belange der Kleingärtner*innen stark machen.

Foto: Kirsten Wechsiberger

Bundestagswahl 2021:

Wir machen das Land gerecht!

Es ist Zeit zu handeln: Wir machen das Land gerecht, denn die Zukunft beginnt jetzt. Nachdem jahrzehntelang öffentliches Eigentum an profitgierige Konzerne verramscht wurde, müssen die Dinge, die alle Menschen brauchen, wie Krankenhäuser und Pflegeheime, Sozialer Wohnungsbau, Schulen und Kitas, Bus und Bahn, auch wieder allen gehören. Für wirksamen Klimaschutz brauchen wir klare Ansagen an Konzerne, eine echte Verkehrswende und eine schnellere, dezentrale und sozial gerechte Energiewende.

Wer zahlt für die Corona- und Klimakrise? Wie üblich die Beschäftigten? Nein! DIE LINKE will das Geld von denen holen, die reichlich davon haben und trotzdem bisher fürstlich mit Steuergeschenken bedacht wurden.

Wir müssen jetzt damit beginnen, Deutschland zum Land der Zukunft zu machen: sozial gerecht, klimaneutral und friedlich. Die Zeit drängt. Die Zukunft machen wir jetzt.

*Janine Wissler und Dietmar Bartsch, die linken Spitzenkandidat*innen für die Bundestagswahl.*

Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit

Gute Arbeit für alle – jetzt!
- 13 Euro Mindestlohn, ausnahmslos!
- Leiharbeit, sachgrundlose Befristung, Mini- und Midi-Jobs abschaffen
- Tarifverträge auf Antrag einer Tarifpartei allgemeinverbindlich erklären
- Arbeitszeitverkürzung auf rund 30 Stunden pro Woche mit Lohnausgleich
- Recht auf Weiterqualifizierung mit sozialer Absicherung

Gesundheit und Pflege stärken – jetzt!
- Solidarische Gesundheitsversicherung und Pflegevollversicherung für alle
- 200 000 zusätzliche Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen
- Gesetzliche Personalbemessung einführen
- Keine Profite mit Krankenhäusern und Pflegeheimen

Soziale Sicherheit für alle – jetzt!
- Arbeitslosengeld I verlängern; Arbeitslosengeld Plus einführen
- 1.200 Euro sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV
- Eigenständige Kindergrundsicherung
- Sofortmaßnahme: Grundsicherung auf 658 Euro anheben und Sanktionen abschaffen

Rente: Lebensstandard sichern und vor Armut schützen – jetzt!
- Rente mit 65 oder nach 40 Beitragsjahren statt Rente mit 67
- Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben
- Solidarische Mindestrente von 1.200 Euro
- Ostrenten endlich angleichen
- Eine Rentenversicherung für alle

Bezahlbare Wohnungen für alle – jetzt!
- Bundesweiter Mietendeckel: Mieterhöhungen verbieten, Mietobergrenzen festlegen und überhöhte Mieten absenken
- Neubau für alle statt Luxuspaläste für Reiche! Sozialen Wohnungsbau wiederbeleben, 250 000 neue Sozialwohnungen pro Jahr – mindestens!
- Wir holen uns unsere Wohnungen zurück! Mietwucher-Konzerne enteignen, Vorkaufsrecht für Kommunen stärken

Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen – jetzt!
- Investitionsoffensive für CO_2-freie und klimaneutrale Wirtschaft und Infrastruktur bis 2035
- Verkehrswende: Investitionen in Bus, Bahn, Radwege und Stadtumbau; Automobilindustrie umbauen
- Energiewende beschleunigen: Ausstieg aus der Kohle bis 2030; 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035

Steuergerechtigkeit: Reichtum fair verteilen – jetzt!
- Kleine und mittlere Einkommen entlasten, Spitzensteuersatz anheben
- Wer unter 6.500 Euro brutto im Monat hat (Single, Steuerklasse I), zahlt weniger
- Kosten der Corona-Krise gerecht verteilen: Vermögensabgabe auf Vermögen über 2 Mio. Euro
- Vermögensteuer wieder einführen! 1 Prozent auf Vermögen ab der zweiten Million, 5 Prozent ab 50 Millionen – für Investitionen in Bildung, Erziehung, Gesundheit und Pflege
- Steueroasen trockenlegen, Steuerhinterziehung bekämpfen, Steuerpflicht für Digitalkonzerne durchsetzen

Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland – jetzt!
- Ost-West-Lohngefälle überwinden: einheitliche Tarifgebiete in Ost und West, Tariftreue und Vergabemindestlohn
- Gleiche Renten für gleiche Lebensleistung
- Solidarpakt III: Solidaritätszuschlag für Regionen im industriellen Umbruch
- Demokratische Beteiligung der Menschen beim Strukturwandel
- Bauernland gehört nicht in Investorenhand! Regionale ökologische Landwirtschaft stärken

Frieden und Menschlichkeit weltweit – jetzt!
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Waffenexporte stoppen
- Abrüstung statt Aufrüstung der Bundeswehr, Rüstungsetat jährlich 10 Prozent kürzen
- Sicherer Hafen für Geflüchtete: Abschiebungen stoppen, Bleiberecht und Seenotrettung
- Einwanderung: Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse für Nicht-EU-Bürger*innen ausbauen; Legalisierung und effektive Bleiberechtsregelungen

Direkt für Pankow: Udo Wolf

Ein ungewöhnliches Bild bietet sich den Kindern des beliebten Spielplatzes im Herzen vom Prenzlauer Berg alljährlich zum Kindertag. Unweit der Käthe-Kollwitz-Statue steht plötzlich ein Kletterfelsen. Die Kleinen werden angeseilt und mit sicherer Hand auf den Weg nach oben geschickt. Der Mann, der das macht, das sieht man sofort, kennt sich aus: Udo Wolf ist selbst Bergsteiger. Vor allem aber ist er Politprofi. Seit zwanzig Jahren ist er Mitglied des Abgeordnetenhauses, war lange Zeit Fraktionsvorsitzender und ist einer der Architekten der rot-rot-grünen Koalition in der Hauptstadt. Er ist einer der bekanntesten Linken Berlins und will nun selbst höher hinaus. Udo bewirbt sich um das Direktmandat im Deutschen Bundestag für Pankow, Weißensee und einen großen Teil des Prenzlauer Bergs. Und das passt, hat er doch bereits bei den letzten Wahlen für das Abgeordnetenhaus seinen Wahlkreis in Pankow direkt gewonnen.

Wann immer ich in den vergangenen zwölf Jahren, in denen ich als hier direkt gewählter Abgeordneter unseren Bezirk im Bundestag vertreten durfte, die Unterstützung der Landespolitik brauchte, auf Udo war Verlass: Rettung von Kleingärten, Kampf gegen Fluglärm und Einsatz gegen die Bebauung von Innenhöfen, aber auch für mehr bezahlbares städtisches und genossenschaftliches Wohnen. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei allem, was sie betrifft, liegt Udo Wolf besonders am Herzen. Ich erinnere mich noch gut, wie wir gemeinsam den Seniorinnen und Senioren zur Seite standen, die mit dem für diese Generation ungewöhnlichen Mittel einer Hausbesetzung ihre geliebte Freizeiteinrichtung in der Stillen Straße retteten. Die Grenzen der Verantwortung zwischen Bundes-, Landes- und Bezirkspolitik sind fließend. So ist es ganz praktisch, dass Udo einen kurzen Draht zum Pankower Bürgermeister Sören Benn (DIE LINKE) hat.

Bei den beiden letzten Wahlen gab es in unserem Bundestagswahlkreis jeweils einen Zweikampf zwischen dem Unionskandidaten und mir. Als Kandidat für das Mitte-Links-Spektrum und mit der klaren Botschaft, auch für eine entsprechende Regierung auf Bundesebene einzutreten, konnte ich dabei mit der Unterstützung vieler, besonders aber von Udo Wolf, gewinnen. Udo steht wie kaum ein anderer für eine Regierungsbildung jenseits von Union und FDP. Auch in diesem Herbst dürfte die Unionskandidatin die härteste Konkurrentin sein. Alle anderen demokratischen Parteien sind zudem offen für eine Bundesregierung, in der diese Partei weiter mitredet. Nach dem Maskenskandal darf das nicht passieren! Wir brauchen endlich eine Mitte-Links-Regierung, damit das ganze Land gerecht wird, damit die Zukunftsfragen im Sinne unserer Kinder beantwortet werden. Und dafür brauchen wir einen Macher, einen Profi wie Udo Wolf, den ein herausfordernder Aufstieg nicht schreckt.

Meine Unterstützung hat er!

Stefan Liebich
MdB. 2009, 2013 und 2017 in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee direkt in den Bundestag gewählt

Udo Wolf ist begeisterter Bergsteiger und war viele Jahre Vorsitzender der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus.

Am 26. September ist Mietenwahl!

Welche Themen sind für euch zentral?

Janine: Die Pandemie hat die Missstände noch deutlicher gezeigt. Uns geht es um Menschenwürde statt Pflegenotstand. Dafür brauchen wir ein Sofortprogramm für mehr Personal und bessere Bezahlung in der Pflege. Die Bundestagswahl wird zu einer Abstimmung über bezahlbare Mieten. Wir wollen einen bundesweiten Mietendeckel und einen Mietenstopp – das ist ein Akt der sozialen Notwehr. Und: Wir wollen die Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen – und wer fürs Klima was bewegen will, muss den Mut haben, sich mit den Konzernen anzulegen.

»Gemeinsam machen wir das Land gerecht« – Was muss denn geschehen, damit es hier wieder gerecht zugeht?

Dietmar: Corona hinterlässt eine Schneise der Verwüstung im Land – politisch, sozial, kulturell und finanziell. Während der größten Krise des Landes sind »die ganz oben« um Milliarden reicher geworden, und die Verkäuferin oder der Krankenpfleger haben außer müdem Applaus kaum etwas erhalten. Diese Politik muss enden! Drei Projekte sind für mich ganz zentral: Die Mehrheit im Land verdient zu wenig und zahlt zu viel. Deshalb sagen wir: Für diese Krise müssen die Milliardäre und Multimillionäre zahlen. Mit einer einmaligen Vermögensabgabe, die nur ganz oben zulangt. Außerdem brauchen wir einen Plan für Investitionen in die Infrastruktur, den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Schulen, Kliniken – wir müssen raus aus dem Verschleiß. Und wir brauchen Sozialkassen, in die alle einzahlen. Nicht nur Arbeiter und Angestellte.

Janine: Harte Arbeit – ob auf dem Bau oder im Supermarkt, in der Kita oder im Krankenhaus – muss besser bezahlt werden! Die Rente muss den Lebensstandard sichern und endlich auch Frauen und Menschen mit niedrigen Löhnen vor Altersarmut schützen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Zugang zu guter Bildung nicht davon abhängt, in welche Familie ein Kind geboren wird. Es geht um eine bessere Zukunft und um ein besseres Leben im Hier und Jetzt. Kein Warten mehr und kein Vertrösten. Wir wollen einen grundlegenden Politikwechsel, nicht nur einen Regierungswechsel. Für uns stehen die Inhalte im Vordergrund: soziale Absicherung für alle, Menschenwürde in der Pflege und bezahlbares Wohnen, entschlossener und gerechter Klimaschutz.

Janine Wissler und **Dietmar Bartsch**, die linken Spitzenkandidat*innen für die Bundestagswahl.

Olaf Krostitz

Impressum

Wahlzeitung zu den Wahlen am 26. September 2021

Herausgeberin:
DIE LINKE. Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Landesgeschäftsführer
Sebastian Koch (V.i.S.d.P.)

Redaktionsschluss:
19. August 2021
Auflage: 178 100 Exemplare

info@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichneter Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.

Layout und Satz:
DiG / Plus GmbH
Druck: Berliner Zeitungsdruck